



Rede des Landesvorsitzenden der FDP-NRW  
**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**  
auf dem 62. Ord. Landesparteitag  
am 25. April 2009 in Bielefeld

– Es gilt das gesprochene Wort –

Liebe Parteifreunde!

wir stehen in diesen Wochen vor entscheidenden Weichenstellungen in Deutschland. Weichenstellungen, vor denen zu stehen wir uns vor einiger Zeit noch nicht vorstellen konnten. 20 Jahre nachdem Hans-Dietrich Genscher als liberaler Außenminister die Einheit Deutschlands mit auf den Weg gebracht hat, 20 Jahre nachdem Millionen unserer Landsleute sich durch Abstimmung mit den Füßen vom Sozialismus abgewandt haben, geht es derzeit um nichts weniger als die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft.

Liebe Freunde, der Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise führt nur über eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Wohlgedenkt: eine Erneuerung, nicht ihre Abschaffung. Denn die soziale Marktwirtschaft ist nicht die Ursache, sondern die Lösung für die Krise.

Und weil genau darüber in Deutschland keine Einigkeit mehr besteht, ist es derzeit so wichtig wie nie, liberale Prinzipien zu erklären und zu verteidigen. Prinzipien, die das Fundament unserer Koalition in Nordrhein-Westfalen waren, sind und bleiben müssen: Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichheit.

Wenn soziale Marktwirtschaft funktionieren soll und die Menschen wieder Vertrauen entwickeln sollen in die soziale Marktwirtschaft, dann brauchen wir auch dringend eine neue Ethik der Verantwortungsträger. Verantwortung zu tragen ist eben kein Privileg in guten Zeiten, das man sich gut bezahlen lassen kann. Verantwortung ist auch die Bereitschaft zu persönlicher Haftung in schlechten Zeiten. Ein Kapitän, der erst volles Risiko fährt und dann bei der Havarie als erster mit dem Rettungsboot sicher an Land gebracht wird, der hätte nie ein Schiff steuern dürfen! Das ist das Bild, das sich aufdrängt bei Managern, die ein Unternehmen an den Rand der Existenz oder gar darüber hinaus bringen und dann noch Millionen-Boni kassieren.

Das zweite, was für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft unverzichtbar ist, ist ein vernünftiger Ordnungsrahmen und dessen Durchsetzung durch den Staat. Mir liegt es fern zu behaupten, wir hätten die Krise vorhergesehen. Das kann niemand ernsthaft von sich behaupten. Aber mir ist es schon wichtig darauf hinzuweisen, dass die FDP seit Jahren eine bessere Bankenaufsicht anmahnt. Die FDP hat immer wieder darauf gedrängt, die Aufsichtsräte in die Lage zu versetzen, ihre Kontrollfunktion richtig wahrnehmen zu können.

Die Bundesregierung hat hier, wo sie selbst zuständig ist, und hätte handeln können, schlicht und einfach keinen Finger gerührt. Wie auch Finanzminister Steinbrück bei der Hypo Real Estate lange keinen Finger gerührt hat: Bereits im Februar 2008 weiß sein Ministerium von Problemen bei dieser Bank. Es hat länger als ein halbes Jahr gedauert, bis Steinbrück reagiert hat, jetzt steht er massiv unter Zeitdruck. Versäumnisse bei der Bankenaufsicht, Hypo Real Estate, davor schon riesige Probleme bei IKB und KfW – ich habe mehr und mehr den Eindruck, Peer Steinbrück wird gnadenlos überschätzt. Aber da sieht man auch mal wieder, was die Nordrhein-Westfalen für ein schlaues Völkchen sind. Hier haben die Menschen ihn schon 2005 ausgewählt.

Gerade die Debatte um die Zukunft von Opel zeigt, wie dringend Deutschland eine Renaissance der ordnungspolitischen Vernunft benötigt. In Halle in Westfalen, nur wenige Kilometer entfernt von hier, wirbt gerade Franz Müntefering für eine Staatsbeteiligung bei Opel. Ich frage mich: Wie will der Staat das gegenüber den

Mitarbeitern bei Ford in Köln rechtfertigen, einem Unternehmen, das gerade erst 200 Millionen Euro in den Standort Köln investiert hat? Wie gegenüber dem Mittelständler, der jetzt in Turbulenzen gerät, und bei dem weder Kanzlerin noch Kanzlerkandidat den Retter zu spielen gedenken?

Nein, mit der FDP gibt es keine Staatsbeteiligung an Produktionsbetrieben. Natürlich wollen auch wir, dass die Mitarbeiter bei Opel und ihre Familien eine Zukunftsperspektive haben. Dafür bedarf es aber zwingend eines wirtschaftlich tragfähigen Konzepts. Wir haben doch nicht den Ausstieg aus den Steinkohle-Subventionen erkämpft, um jetzt in den subventionierten Automobilbau einzusteigen!

Und weil es ja en vogue zu sein scheint, frühere Regierende als Referenzgrößen zu bemühen: Mag sein, dass Johannes Rau in dieser Situation an Verstaatlichung gedacht hätte, Ludwig Erhardt aber sicher nicht!

Wir brauchen keine Verstaatlichungen, sondern einen vernünftigen Ordnungsrahmen mit fairen Spielregeln. Wir brauchen die Soziale Marktwirtschaft, wir brauchen den Markt. Und zwar nicht nur den des Geldes, der Waren, der Dienstleistungen, sondern auch den der Ideen und der kreativen Lösungen.

## II.

Das dritte, was für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und damit für den Weg aus der Krise von entscheidender Bedeutung ist, ist die Innovationskraft unseres Landes. Das ist es auch, was mich eigentlich so wütend macht, wenn ich das Schaulaufen mancher Spitzenpolitiker vor den Werkstoren einiger großer krisenbedrohter Firmen sehe. Sie kümmern sich nämlich nicht annähernd in gleicher Weise um die Unternehmen, die morgen und auch übermorgen hier noch die Arbeitsplätze schaffen und unseren Wohlstand garantieren: die innovativen Mittelständler, die Unternehmen, die Zukunftstechnologien entwickeln, die forschungsintensiven Firmen.

Ein positives Innovationsklima in Deutschland, Offenheit gegenüber neuen Technologien, mehr Investitionen in Bildung und Forschung, gezielte Nachwuchsförderung – das müssen die großen Ziele von Politik sein.

Die NRW-Zukunftskommission unter Vorsitz von Lord Dahrendorf spricht uns Liberalen also aus der Seele, wenn sie ein Ende der Denkverbote für die Forschung verlangt und für eine klare Prioritätensetzung für Bildung und Innovation plädiert. Das bestärkt uns in unserem Kurs und in dem, was wir in den vergangenen Jahren für Nordrhein-Westfalen erreicht haben:

- Sprachförderung für alle, bereits im Kindergarten
- 7000 zusätzliche Lehrer in unseren Schulen
- einen massiven Ausbau der Ganztagsbetreuung
- über 115.000 neue Studienanfängerplätze bis 2015
- vier neue Fachhochschulen
- mehr Geld für unsere Hochschulen, rund ein halbe Milliarde Euro pro Jahr
- Stipendienprogramm für Studierende
- passgenaue Förderung der innovativen Mittelständler
- 15 neue Spitzenforschungseinrichtungen

Der Anteil der jungen Menschen mit Hochschulabschluss ist in NRW um über 25 Prozent gestiegen. Das sind nicht nur mehr Chancen für den Einzelnen, das sind mehr gut ausgebildete Akademiker für unser Land.

Und wir arbeiten weiter daran, soziale Mobilität durch mehr Durchlässigkeit zu erhöhen. Noch in dieser Legislaturperiode soll der Meisterbrief als Eintrittskarte zur Universität anerkannt werden. Es geht uns damit um eine bessere Qualifizierung und bessere Aufstiegschancen, aber auch – und das ist mir persönlich auch sehr wichtig – um eine höhere Anerkennung und Wertschätzung der beruflichen Bildung. Die FDP hat in den letzten vier Jahren mehr Chancen für sozialen Aufstieg geschaffen als rot-grün in all den Jahren zuvor.

Gleiches gilt in der Schulpolitik, wo die FDP als bislang einzige Partei mit der regionalen Mittelschule, ein überzeugendes Konzept vorgelegt hat. Der Bericht der Zukunftskommission kommt zu einer ähnlichen Einschätzung. Die Zukunftskommission will Restschulen für die zu kurz gekommenen vermeiden, indem der Weg für passgenaue, differenzierte Schulkonzepte vor Ort frei gemacht wird. Und auch hier zeigt sich: Die anderen Konzepte, die im Raum stehen, sind entweder strukturkonservativ oder, wie die Einheitsschulpläne von rot-grün, ideologisch verblendet.

Massive Denkblockaden und Wachstumshemmnisse gilt es vor allem in der Forschungs- und Technologiepolitik zu überwinden. Lassen Sie mich das an zwei ganz aktuellen Beispielen konkret festmachen. Nehmen wir das Steuerrecht. Wir weigern uns in Deutschland als einem der wenigen Länder in Europa, Investitionen in Forschung und Entwicklung steuerlich wirksam zu fördern. Was passiert stattdessen bei uns? Das Gegenteil: Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 lässt die große Koalition es nicht mehr zu, dass innovative Jungunternehmen forschungsbedingte Anlaufverluste mit späteren Gewinnen verrechnen dürfen. Der Staat zehrt damit an der Substanz, bevor Wachstum entstehen kann. Das wäre als wenn der Bauer seine Saatkartoffeln essen würde. Wir haben Herrn die große Koalition im Bundesrat wiederholt aufgefordert, diese Politik der Unvernunft zu beenden. Sie hat das immer abgelehnt. Aber jetzt will sie auf einmal doch noch eine Ausnahme zulassen. Allerdings nur für die Banken und, wie zu hören ist, wohl auch für Opel. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für alle innovativen Unternehmensgründer in unserem Land.

Das andere Beispiel aus dem großkoalitionären Absurdistan, sind die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung zur Biotechnologie. Natürlich darf neuen Technologien kein Freibrief ausgestellt werden, aber in einem Technologieland wie Deutschland muss es doch noch möglich sein, dass man Chancen und Risiken zumindest noch erforschen darf! Und wenn die unabhängige fachliche Prüfung bei dieser Bewertung zu einem positiven Ergebnis kommt, dann muss es an einem wettbewerbsfähigen Technologiestandort erlaubt sein, neue Patente und Verfahren auch anzuwenden, damit Wohlstand und Arbeit gesichert werden.

Es handelt sich bei der jüngsten Entscheidung der Bundeslandwirtschaftsministerin aber nicht nur um eine in der Sache falsche Entscheidung. Noch fataler ist ihr Zustandekommen. Offenbar hat die Ministerin nicht aus sachlichen Gründen, sondern auf parteitaktisch motivierten Druck ihres Vorsitzenden gehandelt. Und die Bundeskanzlerin hat die Dinge, wie so häufig, einfach laufen lassen.

Wer glaubte, der Populismus wäre mit dem Mais vom Tisch, der hatte die Rechnung ohne die Kartoffel gemacht. Seehofers unverantwortlicher Feldzug gegen neue Technologien scheint wohl erst begonnen zu haben. Franz-Josef Strauß hat Bayern einst vom Agrarland zum High-Tech-Land im Grünen gemacht. Horst Seehofer scheint jetzt an der Rückabwicklung zu arbeiten.

Dabei gibt es Beispiele aus der ganz jungen Vergangenheit, die uns zeigen, was wir hier an Chancen vergeben: Wussten Sie zum Beispiel, dass das biotechnologische Verfahren, mit dem seit Jahren Millionen von Diabetikern die Nebenwirkungen von tierischem Insulin erspart bleiben, hier in NRW entdeckt wurde? Hoechst wollte dieses Verfahren hier in Deutschland zur Anwendung bringen. Und scheiterte damals an rot-grün.

Die einzigen, die sich darüber freuen konnten, waren die Amerikaner. Sie haben diese segensreiche Erfindung für Zuckerkrankte sehr schnell in Serienproduktion umgewandelt. Man muss schon froh sein, dass die Zukunftsverweigerer in unserem Land noch nicht entdeckt haben, dass Waschmittel heutzutage nicht durch Zauberei bei weniger Grad und geringerer Dosierung sauberer waschen und damit die Umwelt schonen, sondern durch den Einsatz von Biotechnologie. Waschmittel darf in unserem Land zum Glück noch produziert werden.

Warum ist es so wichtig, nicht trotz, sondern gerade wegen der Krise in Bildung und Innovation zu investieren? Warum ist es so wichtig, ideologiefrei an neue Forschungs- und Technologiefelder heranzugehen?

Allein aus unserem Land heraus können wir die Weltkonjunktur nicht wieder ankurbeln – aber wir müssen bei uns die Weichen so stellen, dass wir durchstarten können, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Und deshalb muss nicht nur der Staat jetzt die Rahmenbedingungen verbessern. Ich appelliere auch an die Wirtschaft, jetzt nicht den Fehler der 90er Jahre zu wiederholen, als viele Unternehmen in der Krise an Fachkräften, Nachwuchsförderung und Innovation sparten und sich im Aufschwung dann abgehängt sahen.

Deshalb senden wir als FDP eine ganz klare Botschaft an all jene Unternehmen, Mittelständler, Handwerksbetriebe und freie Berufe, die hier in unserm Land für zukunftssichere Arbeitsplätze sorgen: In uns finden Sie einen verlässlichen Partner, der nicht an den Eckpfeilern der sozialen Marktwirtschaft rüttelt. In der FDP finden auch jene einen verlässlichen Partner, die an den Technologien von morgen arbeiten, die Wissenschaftler, Forscher und Gründer.

### III.

Und in der FDP finden alle diejenigen Menschen einen verlässlichen Partner, die an einer aktiven Bürgergesellschaft teilhaben möchten. Die Kernfrage ist für mich: Wie erreichen wir, dass die Menschen immer wieder neu dazu bereit sind, sich anzustrengen? Damit sind wir bei der Fairness. Es ist eben nicht fair, wenn sich Politik öffentlichkeitswirksam nur mit zwei Gruppen beschäftigt, den so genannten Reichen und dem so genannten Prekariat, sie gegeneinander ausspielt und dabei die Mitte völlig vergisst. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die hunderttausenden Gewerbetreibenden werden weitgehend ausgeblendet, außer wenn

es ans Bezahlen geht. Die so genannte Reichensteuer der SPD zielt doch nur scheinbar auf die wirklich Reichen. In Wahrheit trifft die SPD mit ihren neuen Vorschlägen den Mittelstand, von dessen Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit die Mehrzahl der Arbeitsplätze in Deutschland abhängen. Diese Reichensteuer der SPD ist für eine Arbeitnehmerpartei ein Armutszeugnis.

Faire Regeln: Die muss es auch für Hartz IV-Empfänger geben, die wieder einsteigen wollen und für ihr Alter vorgesorgt haben. Warum gibt es hier noch keine attraktiveren Hinzuverdienst-Möglichkeiten? Warum bestraft man diejenigen, die den Appellen der Politik gefolgt sind und etwas für das Alter zurückgelegt haben? Wir Liberalen wollen das jedenfalls ändern. Weil es uns wichtig ist, dass sich eigene Leistung und eigene Vorsorge für jeden lohnt. Natürlich treten wir als FDP für ein höheres Schonvermögen für Menschen ein, die in Langzeitarbeitslosigkeit rutschen.

Wir setzen uns ein für einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem. Wir machen eine Steuerpolitik für das ganze Volk. Mit einem Schwerpunkt bei den Familien, indem wir Eltern und Kinder steuerlich gleichsetzen. Die SPD macht Steuerpolitik nur noch für einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft. Damit gibt die SPD den Anspruch auf, Volkspartei zu sein. Genauso wie mit diesem absurden Vorschlag, 300 Euro Prämie an diejenigen auszuschütten, die das Finanzamt nicht mit einer Steuererklärung behelligen.

All dies sind Beispiele für die fehlende Anerkennungskultur in unserem Land, wo vieles genau denen zum Nachteil gereicht, die sich selbstbestimmt und mündig als aktive Bürger einbringen.

Mir haben neulich zwei alte Damen aus Münster geschrieben. Die beiden wohnen mit ihrem schwer kranken Bruder zusammen im gemeinsamen Elternhaus. Der Bruder hatte das Haus nach dem Tod der Eltern geerbt, jetzt ist er auf die Pflege seiner Schwestern angewiesen.

Das haben die beiden mir nach Inkrafttreten der Erbschaftssteuerreform geschrieben:

*„Wir sind sehr enttäuscht, dass wir, die wir immer zusammengehalten haben, im Erbfall fast wie fremde Personen behandelt werden. Wir müssten unsere private Altersvorsorge, unser Ersparnis einsetzen und auch noch Schulden machen, um unser Elternhaus im familiären Eigentum zu behalten.“*

Ich kann die Enttäuschung der beiden Damen gut verstehen. Sie nehmen den Staat nicht in Anspruch, bringen den Bruder nicht einfach in ein Pflegeheim. Und fühlen sich jetzt vom Staat nicht anerkannt, sondern bestraft.

Liebe Parteifreunde, ich glaube, wir müssen uns grundsätzlich Gedanken machen, wie wir mit freiwilligen Bindungen umgehen. Das gilt auch für das ehrenamtliche Engagement. Anerkennung für alle, die sich anstrengen. Ob das derjenige ist, der es nach langen Jahren der Arbeitslosigkeit endlich wieder in den Arbeitsmarkt geschafft hat. Der Unternehmer, der auch in der Krise an seinen Mitarbeitern festhält. Die junge Mutter, die ihre Kinder alleine erzieht. Oder der Rentner, der ehrenamtlich türkischen Kindern Deutschnachhilfe gibt. Sie alle müssen sich anerkannt fühlen, wir dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen mit einem Steuer- und Transfersystem, das die Findigen belohnt und die fleißigen und ehrlichen bestraft. Eine lebendige

Bürgergesellschaft kann es nur geben, wenn der Staat den Bürgern nur so viel abfordert, dass genug übrigbleibt, um eigene freiwillige Beiträge zu leisten.

Unser Konzept des Liberalen Bürgergelds wird als einziges diesen Maßstäben gerecht. Wir fordern ja schon seit Jahren, alle Sozialleistungen zu bündeln zu einer Lösung aus einem Guss: Unser Modell sichert ein garantiertes Mindesteinkommen für alle und stellt gleichzeitig sicher, dass derjenige der arbeitet netto immer deutlich mehr hat, als der der arbeiten könnte, es aber nicht tut.

Das ist fair, weil es Eigeninitiative belohnt. Es muss unser Ziel sein, möglichst viele Menschen in die Lage zu versetzen und zu motivieren, möglichst ohne staatliche Hilfe auszukommen. Helfen muss der Staat dort, wo es die Menschen aus eigener Kraft nicht können.

Handeln muss der Staat dort, wo es um den Schutz der Persönlichkeitsrechte des Einzelnen geht. Deshalb sind wir Liberale gefordert, für einen wirksameren Datenschutz der Arbeitnehmer einzutreten. Telekom, Lidl, Mercedes, die Bahn: Das dürfen wir Liberale nicht durchgehen lassen – der Respekt vor persönlichen Daten ist genauso wichtig wie der vor dem Eigentum anderer. Auch darüber müssen wir also reden beim Thema Fairness.

#### **IV.**

Liebe Parteifreunde, die FDP hat eine klare programmatische Orientierung, und damit gibt sie auch Orientierung in diesen durchaus turbulenten Zeiten. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir heute in Deutschland über Enteignung debattieren? Dass wir Großkonzerne verstaatlichen wollen? Jetzt mögen Sie sagen, bei der SPD gar nicht so überraschend, aber die CDU macht das alles mit.

Umso wichtiger ist es, dass die FDP dort, wo sie in der Mitverantwortung steht, Kurs hält. Wir sind derzeit der einzige Garant für die soziale Marktwirtschaft, was vielleicht auch mit dazu beiträgt, dass auf Bundesebene die Parteivorsitzenden unserer demokratischen Mitbewerber sich allesamt die FDP als Koalitionspartner wünschen. Das nehmen wir mal als Kompliment.

Wir allerdings suchen zuallererst die Koalition mit dem Bürger. Und wir tun dies aus einem Selbstverständnis der Eigenständigkeit. Wir richten unser Angebot an alle, die unsere liberalen Grundwerte teilen. An alle Helmut-Schmidt-Wähler, die sich durch die SPD nicht mehr angesprochen fühlen. An alle CDU-Wähler, die an die Kraft der sozialen Marktwirtschaft glauben. An alle Grünen-Wähler, die erkennen, dass Innovationsfeindlichkeit nicht geeignet ist, das Weltklima zu retten. Und an alle Nichtwähler, die spüren, dass es eben nicht egal ist, welche Parteien unser Land regieren.

Wir stehen vor einem spannenden Jahr mit vier Wahlen innerhalb von zwölf Monaten. Wir gehen in diese Wahlen mit einer Zustimmung der Bürger wie schon lange nicht mehr. Ich halte das nicht bloß für ein Stimmungshoch. Die FDP hat einen klaren Kurs und sie hat sich inhaltlich und personell verbreitert. Wir gewinnen neue Mitglieder hinzu. Wir sind auf gutem Weg, unser Ziel, bis zur Landtagswahl 17.000 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen zu haben, schon in diesem Jahr zu erreichen. Sie alle arbeiten

intensiv daran. Zudem sind seit der letzten Kommunalwahl 38 Ortsverbände neu hinzugekommen, so dass es auf der nordrhein-westfälischen Landkarte fast keine weißen Flecken mehr gibt.

Für all diese Arbeit in den Orts-, Kreis-, und Bezirksverbänden danke ich Ihnen ganz herzlich. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Landesvorstandes und des geschäftsführenden Landesvorstandes sowie unserer Landtagsfraktion, unserer Landesgruppe in Berlin und unseren beiden Europaabgeordneten. Wir haben eine tolle Basis für die kommenden Wahlen, und ich bin sicher, dass schon die Europawahl ein Erfolg für die FDP wird.

Vor allem bin ich stolz darauf, Mitglied einer Partei zu sein, die programmatisch diskutiert. Das scheint ja bei anderen etwas aus der Mode gekommen zu sein. Wir tun das, und wir tun gut daran, und deshalb freue ich mich auf die weiteren Beratungen.

Vielen Dank!